

# AKW müssen weniger Jod verteilen

Ab einem Umkreis von 20 Kilometern müssen Betreiber die Tabletten nicht mehr finanzieren

Von Yvonne Debrunner, Zürich

Es ist ein aufsehenerregender Entscheid des Bundesgerichts: Die Betreiber von Schweizer Atomkraftwerken müssen nur noch jene Jodtabletten selbst bezahlen, die an Personen im Umkreis von 20 Kilometern der Atomkraftwerke verteilt werden. Für die Kosten der Jodtabletten, die an Haushalte im Radius von 20 bis 50 Kilometern verteilt werden, müssen sie nicht mehr aufkommen. Das hat das Bundesgericht am 15. Oktober entschieden. Gestern wurde der Beschluss öffentlich.

Jodtabletten sollen bei Betroffenen nach einer Atomkatastrophe Schilddrüsenkrebs vorbeugen. Sie liegen heute bei 4,9 Millionen Schweizerinnen und Schweizern zu Hause. Sie alle wohnen in einer Distanz von 50 Kilometern oder weniger zu einem Atomkraftwerk. Berner wohnen beispielsweise rund 14 Kilometer von Mühleberg entfernt, Zürcher rund 30 Kilometer von Beznau. Bis vor wenigen Jahren erhielten Zürcherinnen und Zürcher noch keine Jodtabletten nach Hause geschickt. Denn bis 2014 galt, dass nur Personen im Umkreis von 20 Kilometern die Tabletten erhielten.

2014 beschloss der Bundesrat die Ausweitung auf 50 Kilometer – als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die eine persönlich adressierte Jodtabletten-Packung erhielt, vervierfachte sich dadurch. Und folglich haben sich auch die Kosten für die Beschaffung und Verteilung der Jodtabletten deutlich erhöht. Die Kosten für die Verteilung im Radius von 20 Kilometern würden rund 6,7 Millionen Franken betragen, teilte der Branchenverband

## Verteilung Jodtabletten



Das Bundesgericht hat entschieden. Der neuen Regelung zufolge muss das AKW Beznau (AG) den Zürchern keine Jodtabletten mehr aushändigen. Grafik Tamedia

der Atomkraftwerkbetreiber, Swissnuclear, mit. Bei einem Radius von 50 Kilometern lägen die Gesamtkosten bei 28,6 Millionen Franken. Diese Kosten fallen allerdings nur alle zehn Jahre an, da die Jodtabletten jeweils nach dieser Zeitspanne ersetzt werden.

Bei Swissnuclear stiess die Ausweitung von 20 auf 50 Kilometer auf Widerstand – wegen der Kosten und weil sie keine zusätzliche Sicherheit bringe, argumentiert der Verband. «Nur ein äusserst unwahrscheinliches Szenario mit einem Extremereisbeben könnte überhaupt eine Ausweitung der Verteilzone auf 50 Kilometer rechtfertigen»,

schrrieb Swissnuclear 2014 in einer Medienmitteilung. Aber gerade bei einem solchen Szenario wäre von der Zerstörung der meisten privaten Wohnungen auszugehen. «Der Zugriff auf die Jodtabletten wäre in den Trümmern kaum mehr möglich.» Eine zentrale Lagerung der Tabletten sei sinnvoller.

Die Ausdehnung von 20 auf 50 Kilometer wurde in der Folge zum juristischen Streitfall. Swissnuclear argumentierte, es gebe keine genügende gesetzliche Grundlage für die Auferlegung der finanziellen Lasten in der Zone ausserhalb von 20 Kilometern um ein Werk. Das Bundesverwaltungsgericht, das

den Fall zuerst behandelte, war allerdings anderer Ansicht. Im August 2016 wies es die Beschwerde der Atomkraftwerkbetreiber ab. Die Richter waren der Ansicht, dass die gesetzlichen Normen sowohl die Ausweitung des Radius als auch die Kostenaufgabe erlaubten.

## Kosten abgewälzt

Swissnuclear zog den Fall daraufhin an die nächste Instanz, das Bundesgericht, weiter – und erhielt dort recht. Ruth Williams von Swissnuclear sagte, man begrüsse den Entscheid. Gleichzeitig betonte sie, dass die Kernkraftwerkbetreiber weiterhin für die Kosten der Verteilung im Umkreis von 20 Kilometern aufkommen müssen – das sei unbestritten.

Im Radius von 20 bis 50 Kilometern würden die Kernkraftwerkbetreiber zudem voraussichtlich die Hälfte der Kosten für eine zentrale Lagerung tragen. Eine zentrale Lagerung in dieser Zone koste rund 5 bis 6 Millionen Franken und damit deutlich weniger als die Verteilung an die Haushalte.

Nils Eprecht von der atomkritischen Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) bezeichnet das Urteil des Bundesgerichts als «unverständlich und inakzeptabel». Letztlich würden der Bund und die Kantone, also die Allgemeinheit, für die Kosten aufkommen müssen, etwas anderes könne er sich nicht vorstellen.

Dass aber der Steuerzahler für die Schutzmassnahmen gegen die Kernkraft zahlen müsse, entspreche nicht dem Verursacherprinzip. Zudem sei die Verteilung der Jodtabletten an die Haushalte viel sicherer als die zentrale Lagerung. «Wenn im Ernstfall jeder erst zur Apotheke muss, um die Tabletten abzuholen, führt das zu einem Chaos.»

## Xi verspricht Marktöffnung

Propaganda-Messe in Shanghai

Shanghai. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hat eine weitere Öffnung des chinesischen Marktes versprochen. Vor dem Hintergrund des Handelskriegs mit den USA wandte sich Xi gestern in einer Rede zur Eröffnung der ersten internationalen Importmesse (CIIE) in Shanghai gegen Protektionismus und setzte sich für ein freies weltweites Handelssystem ein. China wolle seine Einfuhren erhöhen, den heimischen Konsum steigern, Importhürden verringern sowie den Marktzugang und den Schutz der Urheberrechte verbessern, versprach Xi vage. Konkrete neue Vorschläge zum Abbau der Handelsspannungen machte er in seiner Rede allerdings nicht.

Die chinesische Führung hat die Messe als grosses Propaganda-Ereignis inszeniert, um zu demonstrieren, dass der chinesische Markt offen sei und das Land grosse Anstrengungen unternehme, seine Einfuhren weiter zu steigern. Etwa 3600 Unternehmen aus rund 130 Ländern stellen aus. China hatte darum geworben, dass Länder ranghohe Vertreter schicken, allerdings sind ausser Russlands Ministerpräsident Dmitri Medwedew nur die Chefs von weniger als zwei Dutzend meist kleineren Ländern angereist.

Xi Jinping präsentiert sich gerne als Freihändler. Doch sind europäische Unternehmen nach Angaben der EU-Handelskammer in China inzwischen «müde», ständig neue Versprechen zu hören, ohne konkrete Taten zu sehen. Es gebe für ausländische Unternehmen in China keine fairen Wettbewerbsbedingungen, stellt die Kammer fest. Beklagt werden unter anderem bürokratische Marktbarrieren, langwierige Lizenzverfahren, Diskriminierung gegenüber chinesischen Firmen, Behördenwillkür und Benachteiligung bei öffentlichen Ausschreibungen. SDA

## Nachrichten

### Inflation in der Türkei klettert auf 25 Prozent

Istanbul. Die Inflation in der Türkei ufer weiter aus. Im Oktober kletterte sie auf 25 Prozent – den höchsten Stand seit 15 Jahren. Insbesondere Kleidung und Schuhe wurden im letzten Monat teurer – um 12,74 Prozent. Immobilienpreise legten rund vier Prozent zu. Hintergrund ist der Verfall der Lira, die seit Jahresbeginn rund einen Drittel ihres Wertes verloren hat. SDA

### Euroraum steuert auf unruhiges Fahrwasser zu

Berlin. Das Wirtschaftsklima in der Eurozone hat sich kräftig eingetrübt. Das entsprechende Barometer für das vierte Quartal sackte auf 6,6 Zähler von 19,6 Punkten ab, wie das deutsche Konjunkturforschungsinstitut Ifo unter Berufung auf seine vierteljährliche Umfrage unter 370 Experten mitgeteilt hat. Die Befragten korrigierten sowohl ihre Lageeinschätzung als auch ihre Erwartungen kräftig nach unten. Vor allem in Bezug auf Italien sind die Bewertungen eingebrochen. SDA

### Weitere Streiks möglich bei Ryanair-Piloten

Berlin. Im Streit zwischen dem irischen Billigflieger Ryanair und seinen Piloten in Deutschland könnte es zu weiteren Streiks kommen. Vertreter der deutschen Gewerkschaft Vereinigung Cockpit und des Dachverbands ECA pochten darauf, dass die Verhandlungen mit Ryanair spürbar vorangehen müssten. «Die Geduld der Piloten ist natürlich begrenzt. Irgendwann ist Schluss», so ECA-Präsident Dirk Pollock. SDA

### Société Générale verkauft Polen-Tochter

Paris/Warschau. Die französische Société Générale verkauft ihre Polen-Tochter Euro Bank an die polnische Bank Millennium. Das Institut zahlt umgerechnet 425 Millionen Euro für die Euro Bank, wie die Tochter der portugiesischen Millennium BCP gestern mitteilte. SDA

## Twint gibt sich nicht geschlagen

Schweizer Bezahl-App kämpft gegen mangelnde Akzeptanz und holt Migros, SBB und Nespresso an Bord

Von Christian Egli, Basel

Die Handy-Bezahllösung Twint hat vergangene Woche ihren millionsten Nutzer gefeiert. Bei diesem nummerischen Glanzstück trägt der Schein jedoch. Pro Monat werden lediglich rund 1,2 Millionen Transaktionen über Twint abgewickelt, wie das Unternehmen auf Anfrage mitteilt. Das ergibt pro registrierte Person nur etwas mehr als eine Transaktion im Monat. Das Handy bleibt bei den täglichen Zahlungen also meist in den Taschen stecken.

Zwar haben eine Million Schweizer die Twint-App ihrer Bank heruntergeladen und ihr Konto oder eine Karte hinterlegt – die gemeinsame Vermarktung der inzwischen über 70 Banken, die Twint anbieten (darunter die Grossbanken UBS und CS wie auch Raiffeisen, Postfinance und fast alle Kantonalbanken), zeigt Wirkung. Doch ein Drittel aller Kunden hat in den ersten zehn Monaten des Jahres keine einzige Transaktion mit Twint getätigt, wie eine gestern veröffentlichte Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug der Hochschule Luzern aufzeigt.

Von jenen Kunden, die Twint genutzt haben, hat ein Fünftel die Applikation nur einmal verwendet. Vergrault Twint also viele seiner Erstnutzer? Twint-Transaktionen können in drei Anwendungsbereiche eingeteilt werden: Überweisungen zwischen Personen, Zahlungen an Verkaufspunkten wie Supermärkten oder Läden sowie Zahlungen in Online-Shops.

### An der Kasse ist Geduld gefragt

Der Schwachpunkt liegt an der Kasse in Geschäften – dort, wo die Konkurrenz unter den Zahlungsmitteln am grössten ist. Die Schweizer lieben weiterhin Bargeld (70 Prozent aller Transaktionen). Aber auch im Vergleich zur kontaktlosen Debit- oder Kreditkarte, die lediglich kurz ans Zahlungsterminal gehalten werden muss, hat Twint das Nachsehen. Die Zahlung beansprucht deutlich mehr Zeit. Der Käufer muss die App auf dem Handy öffnen, mit dem Fingerabdruck entschleunern und anschliessend den Betrag



Zahlen mit dem Handy. In der Stadt Zug können Autofahrer die Parkgebühren mit der Twint-App bezahlen. Foto Keystone

bestätigen. Twint versucht, dies zu kompensieren, indem die Nutzer Kundenkarten wie die Coop Supercard hinterlegen können.

Ausserdem ist auf die Handy-App noch zu wenig Verlass. Die Störunganfälligkeit in den Geschäften ist vergleichsweise hoch. Die Ursachen sind vielfältig. «Zu Beginn gab es häufig Fehlmanipulationen durch das Kassenspersonal. Diese konnten durch vereinfachte Prozesse behoben werden. Weiter können Störungen durch Verbindungsprobleme zum Twint-Server auftreten, zum Beispiel durch schwache oder gestörte Signale vom Handy zur Antenne oder zwischen Kasse und Zahlungsverarbeitung», erklärt ein Twint-Sprecher.

Grundsätzlich habe man eine gute Stabilität erreicht, es käme nur zu einzelnen Störungen. Das Unternehmen

beobachte das gesamte System äusserst engmaschig.

Twint punktet hingegen bei der Echtzeit-Überweisung, der praktischsten Funktion der App: Freunde teilen sich die Restaurant-Rechnung und begleichen die Schulden per Handy. Ohne die Kontonummer und Adresse austauschen zu müssen, können Twint-User Geld in Sekundenschnelle von Konto zu Konto transferieren. Die Nutzung ist gebührenfrei. Heute sind knapp 50 Prozent der Twint-Transaktionen solche Peer-to-Peer-Überweisungen.

### Kritische Masse erreichen

Derweil arbeitet Twint mit dem neuen CEO Markus Kilb, der sein Amt diesen Monat aufnimmt, am Ausbau des Netzwerks. Zuletzt konnten mehrere grosse Partner dazugewonnen werden. So wird nach Coop auch Konkur-

rentin Migros die Bezahl-App schweizweit integrieren. Auch SBB-Tickets werden ab Januar 2019 mit Twint zuerst auf SBB Mobile und online bezahlt werden können. Bis Mitte Jahr werden die Billettautomaten ausgerüstet. Als dritter Partner ist Nespresso hinzugekommen.

UBS-Schweiz-Chef Axel Lehmann zeigte sich im BaZ-Interview optimistisch. Wenn Twint die kritische Masse von beteiligten Banken, Technologiefirmen, Detailhändlern und Zusatzdienstleistungen erreiche, werde die App erfolgreich sein. Ziel sei die Schaffung eines lokalen Systems, das den Bedürfnissen der Schweizer entspreche.

Der Anteil von Twint an allen Transaktionen beträgt heute nur 0,3 Prozent. Die Studien-Autoren der Hochschule Luzern betonen, dass sich die Gewohnheiten der Schweizer Bevölkerung verhältnismässig langsam anpassen.